

10 Fakten

zur Armut

in Deutschland

Einführung

Die Bekämpfung von Armut gehört zu den fundamentalen Aufgaben des Staates. Darüber, wer arm oder von Armut bedroht ist, wird eine kontroverse Debatte geführt. Unter **absoluter Armut** leidet laut Weltbank, wer weniger als 1,90 US-Dollar täglich zum Leben hat. Armut in diesem Sinn ist in Deutschland durch die staatliche Grundsicherung ausgeschlossen.

Hinter den Armutsstatistiken in Deutschland steht ein **relativer Armutsbegriff**. Demnach gilt als von Armut bedroht, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Deutschen zur Verfügung hat. Diese Definition ist von absoluter Armut weit entfernt. Würde beispielsweise jeder das Doppelte verdienen, bliebe der Anteil der Armutsgefährdeten immer noch konstant. Zudem wird nur das Einkommen betrachtet. Jeder sechste Einkommensarme verfügt aber über Wohneigentum und anderes Vermögen, von dem er mehr als zehn Jahre lang seinen Unterhalt bestreiten könnte.

Diese Publikation gibt einen Überblick darüber, wie hoch das Armutsrisiko nach den Statistiken ist, wer am stärksten gefährdet ist, welche Ursachen das Risiko erhöhen und wie sich Armut am wirksamsten verringern ließe.

Fakt 1

Armut ist in Deutschland relativ

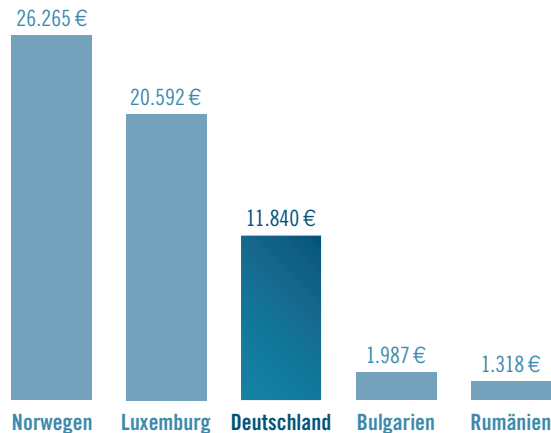
- ▶ Von Armut bedroht ist in Deutschland laut Statistischem Bundesamt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens aller Deutschen hat – bei Einpersonenhaushalten sind das rund 900 Euro im Monat, bei einer vierköpfigen Familie 1.900 Euro. 2014 betraf dies laut Statistischem Bundesamt (Mikrozensus) 15,4 Prozent der Bevölkerung.
- ▶ Armut ist hier jedoch relativ. Es geht mehr um Einkommensverteilung als um tatsächliche Entbehrung. Wenn etwa die Einkommen aller Deutschen steigen und damit auch das mittlere Nettoeinkommen, gelten Menschen mit weniger als 60 Prozent immer noch als armutsgefährdet, obwohl auch sie mehr Geld haben. Um die materielle Entbehrung mitabzubilden, rechnet die EU zusätzlich mit einem Sozialindikator. 2014 waren in Deutschland demnach 20,6 Prozent von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Wird in Deutschland über relative Armut diskutiert, geht es weniger um materielle Not, sondern um die Ungleichverteilung der Einkommen. Das gilt umso mehr, je höher das Einkommensniveau und je niedriger damit die absolute Armut ist.

In Deutschland arm, woanders reich

Armutsgefährdungsschwelle nach dem relativen Armutsbegriff im europäischen Vergleich

Armuts Grenzen für alleinstehende Personen im Jahr 2014 (Nettojahreseinkommen)



Quelle: Europäische Kommission, 2015

Fakt 2

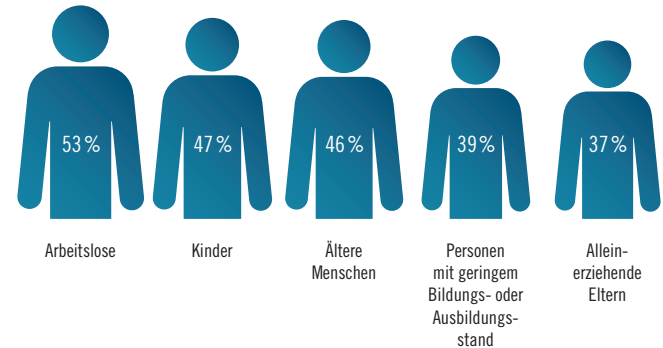
Vor allem Arbeitslose sind armutsgefährdet

- ▶ Das höchste Armutsrisiko haben Arbeitslose. Laut Statistischem Bundesamt war im Jahr 2014 mehr als jeder zweite Erwerbslose (57,6 Prozent) armutsgefährdet.
- ▶ Gefährdet sind auch Alleinerziehende, die ihre Arbeitszeit häufig reduzieren müssen: Fast 42 Prozent der Haushalte, in denen sich ein Elternteil alleine um Kind oder Kinder kümmert, ist von Armut bedroht. Und auch Singles haben oft finanzielle Probleme. Von ihnen ist jeder Vierte (25,6 Prozent) gefährdet. Von ihrem Einkommen müssen sie mehr Geld für Wohn- und Unterhaltskosten aufwenden als wenn sie bei gleichem Einkommen mit einem Partner zusammenleben würden.

Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut. Ziel sollte es daher sein, möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen. Zum Beispiel kann die Erwerbsbeteiligung durch noch mehr und bessere Kinderbetreuungsangebote erhöht werden.

Beschäftigung gilt als bester Schutz vor Armut

So viele der im Eurobarometer befragten Deutschen sind der Meinung, dass diese Bevölkerungsgruppen in Deutschland am meisten von Armut bedroht sind



Quelle: Europäische Kommission, 2010

Fakt 3

Qualifizierung beugt

Arbeitslosigkeit und Armut vor

- ▶ Arbeit schützt vor Armut. Nur 7,6 Prozent der Erwerbstätigen sind armutsgefährdet. Die wichtigste Voraussetzung für eine Beschäftigung ist Bildung: So arbeiteten 86 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2013 in Tätigkeiten, die zumindest einen Facharbeiterabschluss verlangen.
- ▶ Alleinerziehende stehen dagegen auch mit guter Qualifizierung vor einem strukturellen Problem: Sie können häufig nur Teilzeit arbeiten und verdienen deshalb weniger. Das liegt vor allem an mangelnden Betreuungsmöglichkeiten. Auf die rund zwei Millionen Kinder unter drei Jahren in Deutschland kommen nur etwa 700.000 staatlich geförderte Betreuungsplätze.

Ohne Ausbildung keine Arbeit, ohne Arbeit droht die Armut: Schulabbrecher und Arbeitslose ohne Qualifikation sollten die erste Zielgruppe von Armuts politik sein. Und die Qualifikation von Eltern darf nicht brachliegen, weil Kinder und Beruf nicht vereinbar sind.

Kinderbetreuung wird als Armutsrisiko unterschätzt

So viele Personen schätzen die genannten Gründe als Hauptursache für Armut ein



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2011

Fakt 4

Umverteilung in Deutschland

ist erfolgreich

- ▶ Im internationalen Vergleich waren die Einkommen vor Steuern und Transfers in Deutschland zu Beginn des aktuellen Jahrzehnts ungleicher verteilt als im Durchschnitt der OECD-Länder.
- ▶ Bei den um Steuern und Transfers bereinigten Einkommen ist die Ungleichheit der Einkommen dagegen viel kleiner und im internationalen Vergleich sogar unterdurchschnittlich. Die staatliche Umverteilung macht die deutschen Einkommen also nicht nur gleicher, sie wirkt auch stärker als in vielen anderen OECD-Ländern.

Im internationalen Vergleich gehört Deutschland bereits zu den Ländern, die am meisten Einkommen über das Steuer- und Transfersystem umverteilen. Höhere Steuern und Transfers würden dafür sorgen, dass Arbeitsanreize verloren gehen.

Die Einkommensabstände sind in Deutschland gering

Gini-Koeffizient* der Einkommensverteilung für ausgewählte OECD-Länder**

Einkommensverteilung ...



■ ... nach Steuern und Transfers

OECD-Durchschnitt 0,315



*Der Gini-Koeffizient ist ein Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen. Bei einer gleichmäßigen Verteilung nimmt er einen Wert von 0 an, bei maximaler Ungleichverteilung einen Wert von 1.

**Länder mit ähnlich hohen Gini-Koeffizienten vor Steuern und Transfers wie Deutschland
Quelle: Sachverständigenrat, 2014

Fakt 5

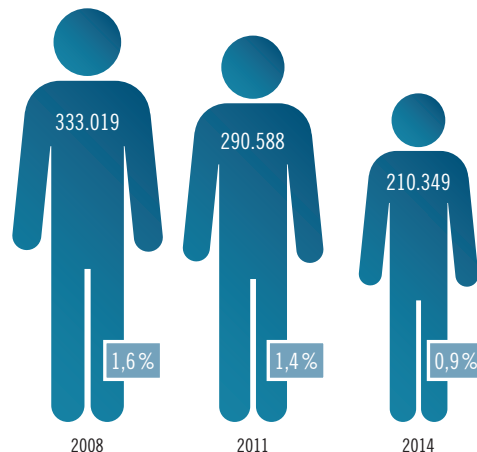
Vollzeitbeschäftigung sichert Lebensunterhalt

- ▶ Nur wenige Arbeitnehmer erhalten ergänzende staatliche Unterstützung. So bekamen nur 0,9 Prozent (198.093) der rund 22,5 Millionen Vollzeitbeschäftigten im April 2015 Geld vom Jobcenter. Häufiger nahmen Auszubildende (32.000), sozialversicherungspflichtige Teilzeitkräfte (382.000) und Minijobber (432.000) Hilfe an.
- ▶ Nach den Regelungen zum Arbeitslosengeld II sollen Arbeitnehmer in jedem Fall mehr haben als Arbeitslose. Verdient ein Alleinstehender etwa 1.000 Euro brutto im Monat, hat er netto 790 Euro und damit weniger als die durchschnittlichen Hartz-IV-Leistungen von 886 Euro. Damit eine Beschäftigung dennoch attraktiv bleibt, überweist das Jobcenter 280 Euro ergänzendes Arbeitslosengeld II, sodass das monatliche Netto 1.070 Euro beträgt.

Das Bild vom Arbeitnehmer, der trotz Vollzeitbeschäftigung auf staatliche Hilfe angewiesen ist, trifft auf rund 99 Prozent der Vollzeitbeschäftigten nicht zu. Als Begründung für staatliche Eingriffe in die Lohngestaltung taugt es daher nicht.

Aufstocken müssen nur wenige

Sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte, die Arbeitslosengeld II beziehen, in Prozent aller Vollzeitbeschäftigten



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2012; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2015

Fakt 6

Aufstieg führt

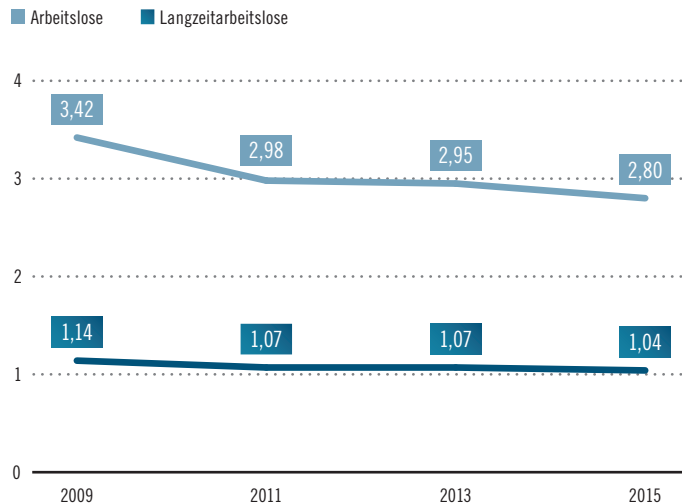
über den Arbeitsmarkt

- ▶ Die Aufstiegspektiven in Deutschland sind gut. So hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ermittelt, dass zwischen 2005 und 2011 ein Viertel der Personen aus dem untersten Einkommensfünftel binnen eines Jahres in eine höhere Schicht aufgestiegen sind. Langfristig schafften 83 Prozent der Einkommensschwachen des Jahres 2005 bis 2011 den Aufstieg.
- ▶ Entscheidend für diesen Aufstieg war im Beobachtungszeitraum der Faktor Arbeit: Ohne eine Beschäftigung ist der Aufstieg kaum möglich. Besonders Langzeitarbeitslose haben daher Schwierigkeiten, ein höheres Niveau zu erreichen. Umso besorgniserregender ist, dass ihre Zahl seit Jahren konstant bei gut einer Million auf hohem Niveau verharrt.

Wer den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt schafft, schafft fast immer auch eine Einkommensverbesserung. Deshalb ist es so wichtig, die Teilhabechancen am Arbeitsmarkt durch Qualifizierungsangebote vor allem für Langzeitarbeitslose zu verbessern.

Immer noch über eine Million Langzeitarbeitslose

Zahl der Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen, in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2016

Fakt 7

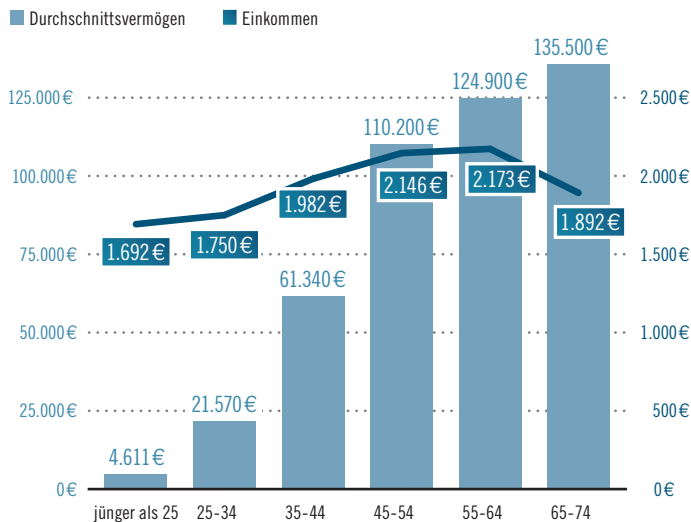
Vermögen schützt viele vor Altersarmut

- ▶ Der Anteil armutsgefährdeter Älterer ist dem Mikrozensus zufolge zwischen 2005 und 2014 von 11 auf 14,4 Prozent gestiegen – stärker als im Durchschnitt der Bevölkerung (14,7 auf 15,4 Prozent). Allerdings werden Miet- und Zinseinkünfte im Mikrozensus zu gering und Vorteile aus selbst genutztem Wohneigentum gar nicht berücksichtigt.
- ▶ Im Sozioökonomischen Panel (SOEP) fließen diese Einkünfte dagegen mit ein. Auf dieser Basis hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) berechnet, dass 2012 insgesamt 13,5 Prozent der Senioren gegenüber 14,4 Prozent in der Gesamtbevölkerung armutsgefährdet waren. Jeder dritte über 64-Jährige besaß zudem ein Vermögen von mehr als 120.000 Euro. Fließt dies mit ein, waren 2011 noch 9,4 Prozent der über 64-Jährigen von Armut bedroht.

Bei der Diskussion um Altersarmut wird in Deutschland häufig übersehen, dass Ältere im Vergleich zu Jüngeren überproportional viel Vermögen und weitere Einkünfte haben.

Vermögen erreicht ab 65 Maximum

Durchschnittsvermögen und -einkommen* im Jahr 2012 nach Altersgruppen



*individuelle Nettovermögen und bedarfsgewichtete Monatsnettoeinkommen pro Kopf
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2015

Fakt 8

Der Trend zu Singlehaushalten

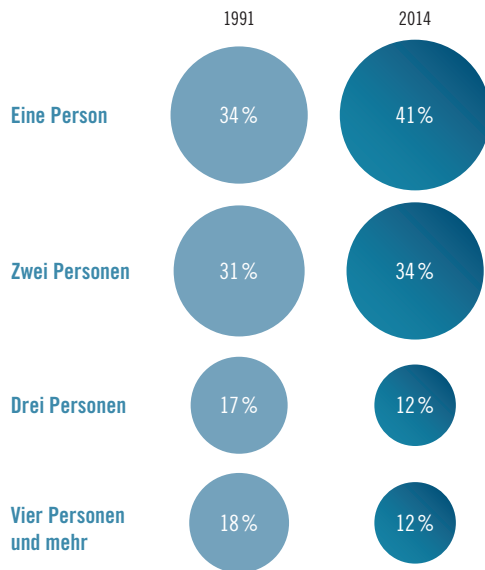
erhöht die Armut

- ▶ Dass sich der Anteil der Armutsgefährdeten zwischen 2000 und 2012 von 11,6 auf 14,4 Prozent vergrößert hat, liegt auch daran, dass die Quote der Einpersonenhaushalte laut Statistischem Bundesamt in den vergangenen 20 Jahren von 34,7 auf 40,8 Prozent gestiegen ist: Singles müssen Wohnkosten alleine stemmen.
- ▶ Vor allem Alleinlebende unter 35 Jahren sind stärker von Armut bedroht als noch im Jahr 2000. Das liegt unter anderem daran, dass immer mehr junge Menschen studieren, also später und mit niedrigen Gehältern ins Berufsleben starten. Bis 2012 stieg ihr Armutsrisiko um 12 Prozentpunkte auf knapp 40 Prozent. Auch Alleinerziehende sind stark betroffen. Mit einem Kind betrug 2012 ihr Risiko 27 Prozent, mit zwei oder mehr Kindern mehr als 40 Prozent.

Alleinlebende können sich die Wohnkosten mit niemandem teilen. Der Trend zu Singlehaushalten ist daher ein Grund für den Anstieg der Armutsgefährdeten. Ein durch den gesellschaftlichen Wandel bedingter Fakt, der sich politisch nicht ändern lässt.

Immer mehr leben alleine

Privathaushalte nach Haushaltsgröße



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2015

Fakt 9

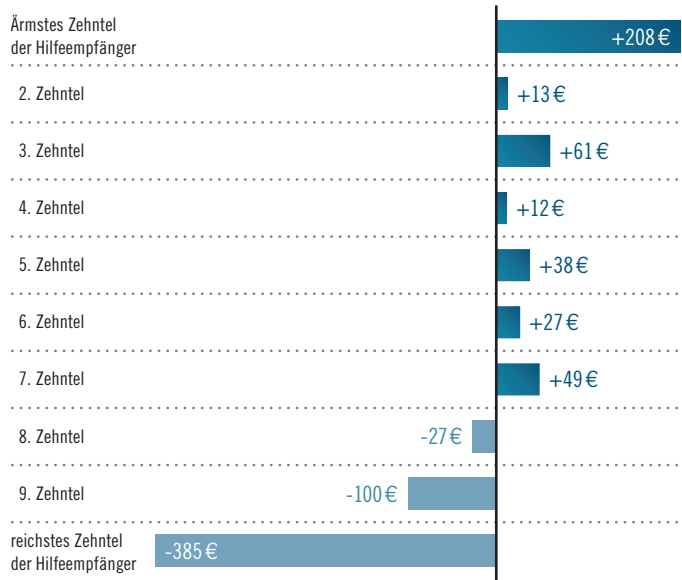
Den Ärmsten geht es seit Hartz IV besser

- ▶ Von den Haushalten, die staatliche Hilfen beziehen, haben fast 45 Prozent seit der Einführung von Hartz IV deutlich mehr Geld zur Verfügung. Spürbare finanzielle Einbußen mussten nur knapp 30 Prozent hinnehmen. Unter ihnen befinden sich vor allem besser verdienende Haushalte, die zuvor Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten. Unter den ärmsten 70 Prozent der Hilfeempfänger haben dagegen alle profitiert.
- ▶ Vor allem die finanzielle Situation staatlich unterstützter Haushalte, in denen Kinder leben, hat Hartz IV verbessert. 67 Prozent der Alleinerziehenden sowie 61 Prozent der Paare mit Kindern bekommen seit der Hartz-IV-Reform höhere staatliche Hilfen.

Viele Kritiker der Hartz-IV-Reformen behaupten, der Erfolg am Arbeitsmarkt sei mit sozialpolitischen Einschnitten erkauft. Tatsächlich hat die Mehrzahl der Haushalte aber nach den Reformen mehr Geld.

Die Mehrzahl profitiert

Um so viel Euro weichen die Hartz-IV-Leistungen 2011 durchschnittlich von der früheren Arbeitslosen- oder Sozialhilfe* ab



*fortgeschrieben mit der Inflationsrate; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2015

Fakt 10

Armut gibt es

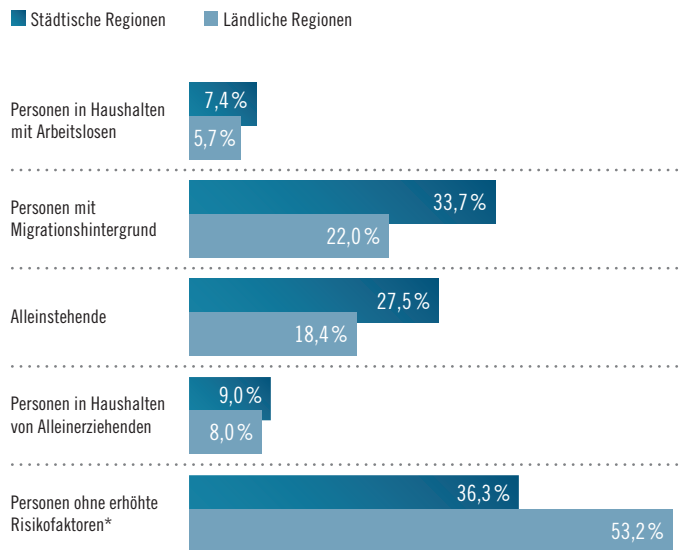
vor allem in Städten

- ▶ In Deutschland gibt es ein Land-Stadt-Gefälle. Menschen in Städten sind häufiger von relativer Armut bedroht als auf dem Land. Zwischen 2005 und 2011 stieg die Armutsquote in den 15 größten Städten im Schnitt von 17,5 auf 19,6 Prozent. Im gesamten Land lag sie 2011 laut Statistischem Bundesamt bei 15,1 Prozent.
- ▶ Ein Grund: Armutsgefährdete Personengruppen wie Alleinerziehende, Migranten oder Arbeitslose leben häufiger in der Stadt. Auch die Lebenshaltungskosten sind dort normalerweise deutlich höher. In München zum Beispiel kann sich eine Person mit 1.030 Euro genauso viel leisten wie es der durchschnittliche Deutsche mit 870 Euro kann.

Armut konzentriert sich in Deutschland auf die Metropolregionen. Entsprechend sollten vor allem hier auch gezielte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung wie Bildungs- und Betreuungsinitiativen ansetzen.

Risikogruppen leben seltener auf dem Land

Bevölkerungsanteile an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Regionen Deutschlands



*Personen in Mehrpersonenhaushalten, ohne Alleinerziehende, ohne Arbeitslose im Haushalt und ohne Migrationshintergrund; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2014

Ausgewählte Quellen

Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten,

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, November 2014

Armut und soziale Ausgrenzung,

Europäische Kommission, Dezember 2010

Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität,

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, August 2013

Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC-Daten),

Europäische Kommission, URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/data/database> [Stand: Dezember 2015]

Einkommensarmut aus regionaler Sicht,

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, August 2014

Mehr Vertrauen in Marktprozesse: Einkommensverteilung,

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Prozesse, November 2014

Mindestlohn: Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit unter fünf Millionen liegen, DIW Berlin, Januar 2014

Vermögensverteilung und Altersgruppeneffekte,

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Oktober 2015

Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland,

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dezember 2011

Impressum

Herausgeber:	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH, Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Geschäftsführer:	Hubertus Pellengahr
Projektleitung:	Philippe Riechel
Grafische Gestaltung:	IW Medien GmbH, Köln · Berlin
Kontakt:	info@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22 · 10117 Berlin
T 030 27877-171 · F 030 27877-181

inism.de facebook.com/Marktwirtschaft

INITIATIVE
NEUE  SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT